

lebenten der Bestimmungen über die Rückzahlung der geleisteten Beiträge an weidliche Versicherer, welche eine Ehe eingehen, und an die Hinterbliebenen von verstorbenein Verhältern, auch infolge auf dem Gebiet der Invalidität und Alterversicherung eine Rendierung einzutreten, als die Wartezeit für die Invalidenrente ein Ende nimmt. Diese Wartezeit ist nach §. 16 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes auf fünf Beitragsjahre bei den Invalidenrente festgesetzt, während sie für die Altersrente 30 Beitragsjahre beträgt. Noch gelten die Übergangsbestimmungen, welche im Gesetz für die Erlangung einer Invalidenrente getroffen sind, nicht für die ersten 5 Beiträge, sondern für die ersten 5 Kalenderjahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes, sie werden jedoch ihre Geltung erst mit dem Ende des laufenden Kalenderjahrs verlieren, jedoch wird es nach der ersten Juliswoche dieses Jahres möglich werden, dass auch Invalidenrente auf Grund der damaligen Gesetzesbestimmungen in Anspruch genommen und bewilligt werden. Wer seit dem 1. Januar 1891, dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes, bis zum 6. Juli dieses Jahres dauernd beschäftigt gewesen ist bzw. sein wird, vor dann also eine Beschäftigtheit von 5 Beitragsjahren oder 5 × 47 Wochen hinter sich hat, der braucht, falls er Invalid wird, zur Erlangung der Rente die in den Übergangsbestimmungen vorgeschriebenen Nachweise über eine Beschäftigung vor dem 1. Januar 1891 nicht mehr. Er kann auf Grund der in seine Quittungsarten eingetragten Werten seinen Rentenantrag erheben. Dieses Recht auf Invalidenrente geht dann auch niemals mehr verloren, wenn nur der Berufserhalt vorgegeben wird, und dies wird dadurch erreicht, dass alle 4 Jahre mindestens 47 Wochen in die Quittungsliste eingetragen werden und diese vor Ablauf der 4 Jahre ungetilgt wird. Von dem letzten genannten Zeitpunkt ab wird also unter Umständen ein dauerndes Recht auf Invalidenrente festgestellt sein.

* Berlin, 3. Mai. Der Entwurf eines Apotheken-gesetzes, wie er im Reichstag des Januars aufgestellt und den Einzelstaaten zur Begutachtung mitgeteilt worden ist, wird in der "Reichs-Post. Blg." veröffentlicht. Danach sollen die Apotheken-Concessions erhöht werden nach Maßgabe des öffentlichen Bedürfnisses auf Grund einer öffentlichen Aufsicht zur Bewahrung. Unter weiteren Bevorkern ist die Einladung demjenigen zu erhalten, der die Approbation früher als die übrigen Wettbewerber erhalten hat. Die Einladung bezieht sich auf einen bestimmten örtlichen Bezirk und gilt nur für die Lebenszeit. Wenn die Erlaubnis an Stelle einer erlöschenden Betriebslaubnis tritt, so darf dem Erwerber die Verpflichtung auferlegt werden, dass seinem Vorgänger oder dessen Erben die zur Errichtung und zum Betrieb gehörigen Vorrichtungen, Gerätschaften und Wareneinfuhren gegen Entschädigung zu übernehmen. Im Streitfall entscheidet über den wahren Werth ein Schiedsgericht, dessen Vorsitzender ein höherer Medicinalbeamter ist. Nach dem Tode des Vorsitzenden ist das Gut zu gestalten, das Betrieb der Apotheke noch höchstens ein Jahr lang nach dem Tode, fällt sich aber unter den Erben eine Witwe oder ein minderjähriges Kind befindet, bis zur Wiederherstellung der Witwe beginnt, bis zur Geschäftsfähigkeit des hinterlassenen Kindes auf Rechnung der Erben durch einen approbierten Apotheker versehen zu lassen. Die weiteren Bestimmungen beziehen sich auf die Einrichtung des Betriebs und die Wahl der Betriebsstätte, welche der Genehmigung der Behörden unterliegt. Apotheker dürfen die Heilanstalt nicht betreiben. Die Genehmigung zum Betriebe einer Hausapotheke kann auf Widerruf erteilt werden; a. Kürten an solchen Orten, wo sich eine Apotheke noch nicht befindet, zum Zwecke der Arzneimittelabgabe an die von ihnen behandelten Kranken, b. Kranken-, Pflege-, Gefangen- und ähnlichen Anstalten zum Zwecke der Arzneimittelabgabe an ihre Insassen. Die Genehmigung des Gesetzes findet auf dasselbe Apothekenberechtigungen keine Anwendung. In deren Stelle sind die einschlägigen landesrechtlichen Bestimmungen maßgebend. Das Gleiche gilt bis zum Ablauf des Jahres 1919. hinsichtlich der souigen Übertragbarkeit, zur Zeit der Bekanntmachung des Gesetzes bereits verliehenen Apothekenberechtigungen. Neue übertragbare, insbesondere dingliche Apothekenberechtigungen dürfen nicht mehr begründet werden. Die bereits bestehenden Berechtigungen solcher Art können in Wege der Landesgesetzgebung gegen Entschädigung aufgehoben werden.

* Berlin, 3. Mai. Ein Berliner Geistlicher hatte dem Rector einer Gemeindeschule nachstehendes Schreiben zu geben lassen:

Auf Veranlassung des Herrn Superintendenten des Diözesan II habe ich für die Belohnung des Erzbischofs des Herrn Minister der geistlichen, Universitäts- und Medizinalangehörigen vom 16. Januar 1892 (Entscheid für die gesamte Unterrichtsvorstellung in Braunschweig, S. 485), nach welchem die Kinder von Disponenten in den Volksschulen, namentlich aus wider den Willen der Eltern, zum Religionsunterricht herausgezogen werden müssen, best. Jedes jüngste und nächstehende einzutreten, und habe ich über die Lage dieser Sache in Bezug auch auf Ihre Schule eindrücklich Aufmerksamkeit zu geben. Am Wahlgemessen erfuhr ich daher sehr ergebnis, mit der Erste Mai d. J. gefällig darüber Mitteilung machen zu wollen, 1) ob überhaupt Kinder von Disponenten in Ihrer Schule vorhanden seien? 2) ob es an dem Religionsunterricht Ihrer Schule Thiel nennen? 3) ob in Bezug derjenigen Kinder von Disponenten, die am Religionsunterricht nicht

umzuschlagen, aber sie achtet nicht darauf, sie hören nicht die anglikanische Warningskreise der Menge. Ich unterscheidet Oswald, das es ein in seiner Wiege dahintreibendes Kind ist, welches die beiden Frauen zu dem gefährlichen Rettungswerk ansetzt — jetzt, bei einer Schwierung des Bootes erkennt er — das Boot stößt ihm im Herzen — Hubiza! Sie ist; ihr schwarzer Haar flattert im Winde, bleich und erregt sieht sie die Arme aus, und dort, neben ihr — alldarmheriger Himmel — Clara!

Oswald steht einen Schritt aus, sein irrendes Auge sucht einen Halt — umsonst, es ist keiner zur Hand, weit draußen schwimmen sie alle.

Da — schon hat Hubiza das Kind glücklich an der Wiege gebunden und hält es in ihren Armen — tritt das Beklidente ein, das leichte Boot schlägt um, die beiden Retterinnen verschwinden in den Wellen.

Oswald stützt sich in die Flut, machtlos streift er vorwärts, das Auge starrt auf den Punkt gerichtet, wo sein Liebstes in die Tiefe sank. Schnell in die verängstigte Stille erkeift, doch von den Berührungsländern nichts zu entdecken. Da taucht in geringer Entfernung von ihm ein bleicher, von goldigem Haar umrahmtes Antlitz aus der Tiefe, zwei Arme strecken sich ihm, wie Hölle schien entgegen, aber schon erlöst die Strömung die Unschuldige und trägt sie fort. Die Verzweiflung verdoppelt seine Kräfte, mutig holt er aus. — Gott sei Dank! — Die Erkenntnung verzerrt sich immer mehr — jetzt ist er ganz nahe — noch ein kräftiger Stoß — da entwindet das blonde Kind seinen Bildern, erbarmungslos reißt die gierige Flut das Boot an sich.

Oswald taucht in die Tiefe, aber seine Kräfte schwächen; bereits willenslos kommt er wieder zur Oberfläche. Doch was kommt mich plötzlich an ihn, was droht ihm abermals mit Leidenschaft? Er breite die Arme aus, sie umschließen einen menschlichen Leib — sie — die Geliebte. Ich drückt er sie an seine Brust — eine lebte geballte Faust, er erstickt die Oberfläche mit seiner jungen Bürde, aber seine Kraft ist zu Ende; ein ungeheuer Losen und Brausen umspült ihn, seine Sinne verwirren sich — es umsamt ihn tiefe Nacht. —

Die Augen wieder aufschlägend, fand sich Oswald in einem freundlichen Zimmer, auf einer Lagerstatt ausgebreitet, vom Kopf bis zu den Füßen in wollene Decken eingehüllt. An seiner Seite saß eine warmherzige Schwester, eifrig in ihrem

Thell schau, etwas grünes Blatt, um sie zu bemühen heranzugeben und sonst was?

Nun batte aber die städtische Schuldeputation in einer Verfügung vom 28. October 1888 bestimmt, dass der gleichen Schule iher vorgelegt werden sollen. Der betreffende Rector sandte daher das beweisende Schreiben an die städtische Schuldeputation. Diese hat, der "Rid. Blg." zufolge, dem Gesellischen folgende Antwort zukommen lassen:

„Der Rector Z. hat das Schreiben, welches Mr. Hochschulrath unter dem 4. April d. J. an denselben gerichtet haben, befreitlich mögig an uns abgegeben. Wie erwideren ganz ergieblich daran, dass der Religionszettelkosten nicht die Hälfte, sondern die Drittel des Religionszettelkosten — natürlich nur für Kinder ihrer eigenen Konfession — zahlt. Wir können uns Hochschulrath das Recht nicht zuschreiben, die Art, wie wir die uns höheren Kosten zuvertrauen, zu kontrollieren. Sozialistische Schuldeputation ist gekürt.“

— Die "Zeitung" hört ebenfalls (s. oben), dass dem Bundestag in diesen Tagen ein zweiter Nachtrag erst für das Jahr 1891, dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes, bis zum 6. Juli dieses Jahres dauernd beschäftigt gewesen ist bzw. sein wird, wodurch also eine Beschäftigtheit von 5 Beitragsjahren oder 5 × 47 Wochen hinter sich hat, der braucht, falls er Invalid wird, zur Erlangung der Rente die in den Übergangsbestimmungen vorgeschriebenen Nachweise über eine Beschäftigung vor dem 1. Januar 1891 nicht mehr. Er kann auf Grund der in seine Quittungsarten eingetragten Werten seinen Rentenantrag erheben. Dieses Recht auf Invalidenrente geht dann auch niemals mehr verloren, wenn nur der Berufserhalt vorgegeben wird, und dies wird dadurch erreicht, dass alle 4 Jahre mindestens 47 Wochen in die Quittungsliste eingetragen werden und diese vor Ablauf der 4 Jahre ungetilgt wird. Von dem letzten genannten Zeitpunkt ab wird also unter Umständen ein dauerndes Recht auf Invalidenrente festgestellt sein.

* Berlin, 3. Mai. Der Entwurf eines Apotheken-gesetzes, wie er im Reichstag des Januars aufgestellt und den Einzelstaaten zur Begutachtung mitgeteilt worden ist, wird in der "Reichs-Post. Blg." veröffentlicht. Danach sollen die Apotheken-Concessions erhöht werden nach Maßgabe des öffentlichen Bedürfnisses auf Grund einer öffentlichen Aufsicht zur Bewahrung zur Dienstzeit des Betriebes und der Sicherheit der Bevölkerung vorgelegt werden. Wer seit dem 1. Januar 1891, dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes, bis zum 6. Juli dieses Jahres dauernd beschäftigt gewesen ist bzw. sein wird, wodurch also eine Beschäftigtheit von 5 Beitragsjahren oder 5 × 47 Wochen hinter sich hat, der braucht, falls er Invalid wird, zur Erlangung der Rente die in den Übergangsbestimmungen vorgeschriebenen Nachweise über eine Beschäftigung vor dem 1. Januar 1891 nicht mehr. Er kann auf Grund der in seine Quittungsarten eingetragten Werten seinen Rentenantrag erheben. Dieses Recht auf Invalidenrente geht dann auch niemals mehr verloren, wenn nur der Berufserhalt vorgegeben wird, und dies wird dadurch erreicht, dass alle 4 Jahre mindestens 47 Wochen in die Quittungsliste eingetragen werden und diese vor Ablauf der 4 Jahre ungetilgt wird. Von dem letzten genannten Zeitpunkt ab wird also unter Umständen ein dauerndes Recht auf Invalidenrente festgestellt sein.

* Berlin, 3. Mai. Der Entwurf eines Apotheken-gesetzes, wie er im Reichstag des Januars aufgestellt und den Einzelstaaten zur Begutachtung mitgeteilt worden ist, wird in der "Reichs-Post. Blg." veröffentlicht. Danach sollen die Apotheken-Concessions erhöht werden nach Maßgabe des öffentlichen Bedürfnisses auf Grund einer öffentlichen Aufsicht zur Bewahrung zur Dienstzeit des Betriebes und der Sicherheit der Bevölkerung vorgelegt werden. Wer seit dem 1. Januar 1891, dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes, bis zum 6. Juli dieses Jahres dauernd beschäftigt gewesen ist bzw. sein wird, wodurch also eine Beschäftigtheit von 5 Beitragsjahren oder 5 × 47 Wochen hinter sich hat, der braucht, falls er Invalid wird, zur Erlangung der Rente die in den Übergangsbestimmungen vorgeschriebenen Nachweise über eine Beschäftigung vor dem 1. Januar 1891 nicht mehr. Er kann auf Grund der in seine Quittungsarten eingetragten Werten seinen Rentenantrag erheben. Dieses Recht auf Invalidenrente geht dann auch niemals mehr verloren, wenn nur der Berufserhalt vorgegeben wird, und dies wird dadurch erreicht, dass alle 4 Jahre mindestens 47 Wochen in die Quittungsliste eingetragen werden und diese vor Ablauf der 4 Jahre ungetilgt wird. Von dem letzten genannten Zeitpunkt ab wird also unter Umständen ein dauerndes Recht auf Invalidenrente festgestellt sein.

* Berlin, 3. Mai. Der Entwurf eines Apotheken-gesetzes, wie er im Reichstag des Januars aufgestellt und den Einzelstaaten zur Begutachtung mitgeteilt worden ist, wird in der "Reichs-Post. Blg." veröffentlicht. Danach sollen die Apotheken-Concessions erhöht werden nach Maßgabe des öffentlichen Bedürfnisses auf Grund einer öffentlichen Aufsicht zur Bewahrung zur Dienstzeit des Betriebes und der Sicherheit der Bevölkerung vorgelegt werden. Wer seit dem 1. Januar 1891, dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes, bis zum 6. Juli dieses Jahres dauernd beschäftigt gewesen ist bzw. sein wird, wodurch also eine Beschäftigtheit von 5 Beitragsjahren oder 5 × 47 Wochen hinter sich hat, der braucht, falls er Invalid wird, zur Erlangung der Rente die in den Übergangsbestimmungen vorgeschriebenen Nachweise über eine Beschäftigung vor dem 1. Januar 1891 nicht mehr. Er kann auf Grund der in seine Quittungsarten eingetragten Werten seinen Rentenantrag erheben. Dieses Recht auf Invalidenrente geht dann auch niemals mehr verloren, wenn nur der Berufserhalt vorgegeben wird, und dies wird dadurch erreicht, dass alle 4 Jahre mindestens 47 Wochen in die Quittungsliste eingetragen werden und diese vor Ablauf der 4 Jahre ungetilgt wird. Von dem letzten genannten Zeitpunkt ab wird also unter Umständen ein dauerndes Recht auf Invalidenrente festgestellt sein.

* Berlin, 3. Mai. Der Entwurf eines Apotheken-gesetzes, wie er im Reichstag des Januars aufgestellt und den Einzelstaaten zur Begutachtung mitgeteilt worden ist, wird in der "Reichs-Post. Blg." veröffentlicht. Danach sollen die Apotheken-Concessions erhöht werden nach Maßgabe des öffentlichen Bedürfnisses auf Grund einer öffentlichen Aufsicht zur Bewahrung zur Dienstzeit des Betriebes und der Sicherheit der Bevölkerung vorgelegt werden. Wer seit dem 1. Januar 1891, dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes, bis zum 6. Juli dieses Jahres dauernd beschäftigt gewesen ist bzw. sein wird, wodurch also eine Beschäftigtheit von 5 Beitragsjahren oder 5 × 47 Wochen hinter sich hat, der braucht, falls er Invalid wird, zur Erlangung der Rente die in den Übergangsbestimmungen vorgeschriebenen Nachweise über eine Beschäftigung vor dem 1. Januar 1891 nicht mehr. Er kann auf Grund der in seine Quittungsarten eingetragten Werten seinen Rentenantrag erheben. Dieses Recht auf Invalidenrente geht dann auch niemals mehr verloren, wenn nur der Berufserhalt vorgegeben wird, und dies wird dadurch erreicht, dass alle 4 Jahre mindestens 47 Wochen in die Quittungsliste eingetragen werden und diese vor Ablauf der 4 Jahre ungetilgt wird. Von dem letzten genannten Zeitpunkt ab wird also unter Umständen ein dauerndes Recht auf Invalidenrente festgestellt sein.

* Berlin, 3. Mai. Der Entwurf eines Apotheken-gesetzes, wie er im Reichstag des Januars aufgestellt und den Einzelstaaten zur Begutachtung mitgeteilt worden ist, wird in der "Reichs-Post. Blg." veröffentlicht. Danach sollen die Apotheken-Concessions erhöht werden nach Maßgabe des öffentlichen Bedürfnisses auf Grund einer öffentlichen Aufsicht zur Bewahrung zur Dienstzeit des Betriebes und der Sicherheit der Bevölkerung vorgelegt werden. Wer seit dem 1. Januar 1891, dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes, bis zum 6. Juli dieses Jahres dauernd beschäftigt gewesen ist bzw. sein wird, wodurch also eine Beschäftigtheit von 5 Beitragsjahren oder 5 × 47 Wochen hinter sich hat, der braucht, falls er Invalid wird, zur Erlangung der Rente die in den Übergangsbestimmungen vorgeschriebenen Nachweise über eine Beschäftigung vor dem 1. Januar 1891 nicht mehr. Er kann auf Grund der in seine Quittungsarten eingetragten Werten seinen Rentenantrag erheben. Dieses Recht auf Invalidenrente geht dann auch niemals mehr verloren, wenn nur der Berufserhalt vorgegeben wird, und dies wird dadurch erreicht, dass alle 4 Jahre mindestens 47 Wochen in die Quittungsliste eingetragen werden und diese vor Ablauf der 4 Jahre ungetilgt wird. Von dem letzten genannten Zeitpunkt ab wird also unter Umständen ein dauerndes Recht auf Invalidenrente festgestellt sein.

* Berlin, 3. Mai. Der Entwurf eines Apotheken-gesetzes, wie er im Reichstag des Januars aufgestellt und den Einzelstaaten zur Begutachtung mitgeteilt worden ist, wird in der "Reichs-Post. Blg." veröffentlicht. Danach sollen die Apotheken-Concessions erhöht werden nach Maßgabe des öffentlichen Bedürfnisses auf Grund einer öffentlichen Aufsicht zur Bewahrung zur Dienstzeit des Betriebes und der Sicherheit der Bevölkerung vorgelegt werden. Wer seit dem 1. Januar 1891, dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes, bis zum 6. Juli dieses Jahres dauernd beschäftigt gewesen ist bzw. sein wird, wodurch also eine Beschäftigtheit von 5 Beitragsjahren oder 5 × 47 Wochen hinter sich hat, der braucht, falls er Invalid wird, zur Erlangung der Rente die in den Übergangsbestimmungen vorgeschriebenen Nachweise über eine Beschäftigung vor dem 1. Januar 1891 nicht mehr. Er kann auf Grund der in seine Quittungsarten eingetragten Werten seinen Rentenantrag erheben. Dieses Recht auf Invalidenrente geht dann auch niemals mehr verloren, wenn nur der Berufserhalt vorgegeben wird, und dies wird dadurch erreicht, dass alle 4 Jahre mindestens 47 Wochen in die Quittungsliste eingetragen werden und diese vor Ablauf der 4 Jahre ungetilgt wird. Von dem letzten genannten Zeitpunkt ab wird also unter Umständen ein dauerndes Recht auf Invalidenrente festgestellt sein.

* Berlin, 3. Mai. Der Entwurf eines Apotheken-gesetzes, wie er im Reichstag des Januars aufgestellt und den Einzelstaaten zur Begutachtung mitgeteilt worden ist, wird in der "Reichs-Post. Blg." veröffentlicht. Danach sollen die Apotheken-Concessions erhöht werden nach Maßgabe des öffentlichen Bedürfnisses auf Grund einer öffentlichen Aufsicht zur Bewahrung zur Dienstzeit des Betriebes und der Sicherheit der Bevölkerung vorgelegt werden. Wer seit dem 1. Januar 1891, dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes, bis zum 6. Juli dieses Jahres dauernd beschäftigt gewesen ist bzw. sein wird, wodurch also eine Beschäftigtheit von 5 Beitragsjahren oder 5 × 47 Wochen hinter sich hat, der braucht, falls er Invalid wird, zur Erlangung der Rente die in den Übergangsbestimmungen vorgeschriebenen Nachweise über eine Beschäftigung vor dem 1. Januar 1891 nicht mehr. Er kann auf Grund der in seine Quittungsarten eingetragten Werten seinen Rentenantrag erheben. Dieses Recht auf Invalidenrente geht dann auch niemals mehr verloren, wenn nur der Berufserhalt vorgegeben wird, und dies wird dadurch erreicht, dass alle 4 Jahre mindestens 47 Wochen in die Quittungsliste eingetragen werden und diese vor Ablauf der 4 Jahre ungetilgt wird. Von dem letzten genannten Zeitpunkt ab wird also unter Umständen ein dauerndes Recht auf Invalidenrente festgestellt sein.

* Berlin, 3. Mai. Der Entwurf eines Apotheken-gesetzes, wie er im Reichstag des Januars aufgestellt und den Einzelstaaten zur Begutachtung mitgeteilt worden ist, wird in der "Reichs-Post. Blg." veröffentlicht. Danach sollen die Apotheken-Concessions erhöht werden nach Maßgabe des öffentlichen Bedürfnisses auf Grund einer öffentlichen Aufsicht zur Bewahrung zur Dienstzeit des Betriebes und der Sicherheit der Bevölkerung vorgelegt werden. Wer seit dem 1. Januar 1891, dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes, bis zum 6. Juli dieses Jahres dauernd beschäftigt gewesen ist bzw. sein wird, wodurch also eine Beschäftigtheit von 5 Beitragsjahren oder 5 × 47 Wochen hinter sich hat, der braucht, falls er Invalid wird, zur Erlangung der Rente die in den Übergangsbestimmungen vorgeschriebenen Nachweise über eine Beschäftigung vor dem 1. Januar 1891 nicht mehr. Er kann auf Grund der in seine Quittungsarten eingetragten Werten seinen Rentenantrag erheben. Dieses Recht auf Invalidenrente geht dann auch niemals mehr verloren, wenn nur der Berufserhalt vorgegeben wird, und dies wird dadurch erreicht, dass alle 4 Jahre mindestens 47 Wochen in die Quittungsliste eingetragen werden und diese vor Ablauf der 4 Jahre ungetilgt wird. Von dem letzten genannten Zeitpunkt ab wird also unter Umständen ein dauerndes Recht auf Invalidenrente festgestellt sein.

* Berlin, 3. Mai. Der Entwurf eines Apotheken-gesetzes, wie er im Reichstag des Januars aufgestellt und den Einzelstaaten zur Begutachtung mitgeteilt worden ist, wird in der "Reichs-Post. Blg." veröffentlicht. Danach sollen die Apotheken-Concessions erhöht werden nach Maßgabe des öffentlichen Bedürfnisses auf Grund einer öffentlichen Aufsicht zur Bewahrung zur Dienstzeit des Betriebes und der Sicherheit der Bevölkerung vorgelegt werden. Wer seit dem 1. Januar 1891, dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes, bis zum 6. Juli dieses Jahres dauernd beschäftigt gewesen ist bzw. sein wird, wodurch also eine Beschäftigtheit von 5 Beitragsjahren oder 5 × 47 Wochen hinter sich hat, der braucht, falls er Invalid wird, zur Erlangung der Rente die in den Übergangsbestimmungen vorgeschriebenen Nachweise über eine Beschäftigung vor dem 1. Januar 1891 nicht mehr. Er kann auf Grund der in seine Quittungsarten eingetragten Werten seinen Rentenantrag erheben. Dieses Recht auf Invalidenrente geht dann auch niemals mehr verloren, wenn nur der Berufserhalt vorgegeben wird, und dies wird dadurch erreicht, dass alle 4 Jahre mindestens 47 Wochen in die Quittungsliste eingetragen werden und diese vor Ablauf der 4 Jahre ungetilgt wird. Von dem letzten genannten Zeitpunkt ab wird also unter Umständen ein dauerndes Recht auf Invalidenrente festgestellt sein.

* Berlin, 3. Mai. Der Entwurf eines Apotheken-gesetzes, wie er im Reichstag des Januars aufgestellt und den Einzelstaaten zur Begutachtung mitgeteilt worden ist, wird in der "Reichs-Post. Blg." veröffentlicht. Danach sollen die Apotheken-Concessions erhöht werden nach Maßgabe des öffentlichen Bedürfnisses auf Grund einer öffentlichen Aufsicht zur Bewahrung zur Dienstzeit des Betriebes und der Sicherheit der Bevölkerung vorgelegt werden. Wer seit dem 1. Januar 1891, dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes, bis zum 6. Juli dieses Jahres dauernd beschäftigt gewesen ist bzw. sein wird, wodurch also eine Beschäftigtheit von 5 Beitragsjahren oder 5 × 47 Wochen hinter sich hat, der braucht, falls er Invalid wird, zur Erlangung der Rente die in den Übergangsbestimmungen vorgeschriebenen Nachweise über eine Beschäftigung vor dem 1. Januar 1891 nicht mehr. Er kann auf Grund der in seine Quittungsarten eingetragten Werten seinen Rentenantrag erheben. Dieses Recht auf Invalidenrente geht dann auch niemals mehr verloren, wenn nur der Berufserhalt vorgegeben wird, und dies wird dadurch erreicht, dass alle 4 Jahre mindestens 47 Wochen in die Quittungsliste eingetragen werden und diese vor Ablauf der 4 Jahre ungetilgt wird. Von dem letzten genannten Zeitpunkt ab wird also unter Umständen ein dauerndes Recht auf Invalidenrente festgestellt sein.

* Berlin, 3. Mai. Der Entwurf eines Apotheken-gesetzes, wie er im Reichstag des Januars aufgestellt und den Einzelstaaten zur Begutachtung mitgeteilt worden ist, wird in der "Reichs-Post. Blg." veröffentlicht. Danach sollen die Apotheken-Concess